



Foto: Hommels

Bundeskanzlerin Angela Merkel:
„Deutschland steht vor einer Bewährungs-
probe, wie es sie seit der Deutschen Einheit
nicht gab.“

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel

„Deutschland zu neuer Stärke führen.“

Unter das Leitbild „Freiheit in Verantwortung“ stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel die christlich-liberale Koalition der Mitte. Die neue Regierung werde die Weichen für das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellen, erklärte die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag in Berlin. Ihre erste Regierungserklärung

zu Beginn der neuen Legislaturperiode hatte sie unter das Motto „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Deutschland zu neuer Stärke führen.“ gestellt.

Die Krise habe Deutschland vor die größte Bewährungsprobe seit der Deutschen Einheit gestellt, so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Kurzfristige Krisenbewältigung und langfris-

tige Weichenstellungen seien daher „zwei Seiten einer Medaille“.

Fünf zentrale Aufgaben

Die CDU-Vorsitzende nenne fünf zentrale Punkte, die das Regierungshandeln in den nächsten vier Jahren bestimmen werden: die Überwindung der internationa-

len Finanz- und Wirtschaftskrise, die Verbesserung des Verhältnisses der Bürger zum Staat, eine Antwort auf den demografischen Wandel geben, einen zukunfts-festen Umgang mit natürlichen Ressourcen finden sowie das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit angesichts der neuen Bedrohungen weiter festigen.

Mit Blick auf die erste Aufgabe kündigte Merkel die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes an, um den Anstieg der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Dennoch würden die Probleme „erst noch größer, bevor es wieder besser werden kann“. Dabei gehe es nicht allein um die deutsche Volkswirtschaft, sondern um die globale Wirtschaft insgesamt. Denn weltweit würden „die Karten neu gemischt“.

„Voraussetzungen für neues Wachstum schaffen“

Unter der Führung der christlich-liberalen Koalition der Mitte werde Deutschland seine Chancen ergreifen, um gestärkt aus der Krise herauszukommen. Wichtigster Hebel dazu sei ein starkes wirtschaftliches Wachstum. Hierfür sollen die Bürger bereits zum 1. Januar 2010 deutlich entlastet werden.

Ab 2011 seien weitere Steuerersenkungen geplant, zum Beispiel bei der Einkommensteuer. Maßnahmen zum Bürokratieabbau sollen dazu beitragen, das Verhältnis von Staat und Bürgern zu verbessern.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

In einem ersten Schritt hat die Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, um neues Wachstum zu schaffen, Investitionen zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern, Vertrauen zu schaffen und die Menschen zu motivieren. Gewinnen sollen vor allem Familien durch Erhöhung des Kindergelds, Anhebung des Kinderfreibetrags und Entlastungen bei der Erbschaftsteuer. Für Unternehmen wird die Unternehmensbesteuerung verändert.

Antworten auf den demografischen Wandel

Zur dritten Hauptaufgabe sagte Merkel, die Rente mit 67 sei ein erster Schritt, um die Sozial- und Rentensysteme demografiefest zu gestalten. Hinzukommen müsse eine Entkopplung der Ar-

beitskosten von den Ausgaben für die soziale Sicherheit. Zudem werde eine Kapitaldeckung bei der Pflege eingeführt. Die Kanzlerin betonte, dass die neue Regierung der Sanierung der Haushalte und generationengerechten sozialen Sicherungssystemen die höchste Priorität einräume. Einen hohen Stellenwert messe sie gleichzeitig den Themen Bildung und Integration bei: Für Bildung und Forschung werde der Bund bis 2013 seine Ausgaben um zwölf Milliarden Euro erhöhen.

„Der Schutz unseres Klimas ist eine Menschheitsaufgabe“

Zur Erfüllung der vierten Aufgabe gehört nach den Worten der Kanzlerin ein Erfolg der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen Ende des Jahres. Die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dürfe keine „billige Ausrede für den mangelnden Schutz der Umwelt sein“. Ein Kurs für nachhaltiges Wachstum, mit dem die Bedürfnisse zukünftiger Generationen im Blick behalten werden, sei hier der Schlüssel. Daher werde die Regierung darauf drängen, dass „dauerhafte tragfähige“

hige, globale Lösungen gefunden werden“, erklärte die Bundeskanzlerin.

In Deutschland setzt die Koalition auf einen ausgewogenen Energiemix. Dies schließe die Erkenntnis ein, dass die Kernenergie als Brückentechnologie für eine Übergangszeit unverzichtbar bleibe. Daher würden die Laufzeiten der sicheren deutschen Kernkraftwerke verlängert. Auch auf die Beiträge neuer, ef-

fizienter Kohlekraftwerke könne zum Schutz des Klimas nicht verzichtet werden.

Bekenntnis zur Wehrpflicht

Schließlich will die neue Regierung das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit angesichts der neuen Bedrohungen festigen. Ausdrücklich bekannte sich die Kanz-

lerin zur Vision einer von Nuklearwaffen befreiten Welt, zur Abrüstung und zur internationalen Verantwortung Deutschlands. Die Regierungschefin dankte den Soldaten, Polizisten und Entwicklungshelfern für ihre zum Teil gefährlichen Aufgaben. Der auf sechs Monate gekürzte Wehrdienst solle effizienter ausgestaltet werden, „damit dies kein Einstieg in den Ausstieg wird“.

Nominierung von Günther H. Oettinger begrüßt

„Großer Erfahrungsschatz und wirtschaftlicher Sachverstand.“

Als „politisches Schwergewicht mit großem wirtschaftlichen Sachverstand“ haben der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen (CDU), und der Co-Vorsitzende Markus Ferber (CSU) die Benennung von Günther H. Oettinger als neuen deutschen EU-Kommissar begrüßt. Als Ministerpräsident eines der größten und wirtschaftlich stärksten Bundesländer verfüge Oettinger über hervorragende Kontakte und Erfahrung auf Bundes- und Europaebene.

Deutschland müsse mit Oettinger deshalb ein Res-



sort mit Wirtschaftsbezug in der EU-Kommission besetzen, verlangten Langen und Ferber. „Deutschland als größter Mitgliedstaat muss in Zukunft die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union prägen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Unternehmen in unserem Land.

Günther H. Oettinger verfügt hierfür über einen großen Erfahrungsschatz und umfassende Kontakte in Wirtschaft und Politik.“

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament werde konstruktiv und vertrauensvoll mit Günther H. Oettinger zusammenarbeiten, kündigten Werner Langen und Markus Ferber an. „Wir werden an einem Strang ziehen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen zu verbessern“.

Hermann Gröhe

Selbstvergewisserung und Öffnung

Dass ich im 20. Jahr nach dem Fall der Mauer Generalsekretär der CDU, der Partei der Deutschen Einheit, geworden bin, erfüllt mich mit großer Freude. Denn die CDU ist für mich eine persönliche Herzensangelegenheit.

Mit 16 Jahren bin ich in sie eingetreten – früher ging es nicht. Am 3. November 1989, unmittelbar vor dem Fall der Mauer, wurde ich Vorsitzender der Jungen Union und ein Jahr später in Leipzig zum ersten Vorsitzenden der gesamtdeutschen Jungen Union gewählt. Diese Wahl und die Jahre der Wiedervereinigung haben mich stark geprägt, umso mehr, als meine Eltern 1958 aus Leipzig in den Westen geflohen sind und wir stets den Kontakt zu den Verwandten im anderen Teil Deutschlands pflegten.

In meiner neuen Aufgabe werde ich hart dafür arbeiten, dass die CDU die erfolgreichste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bleibt. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Bei der Bundestagswahl haben wir etwas geschafft, mit dem viele schon nicht mehr gerechnet ha-



CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe

ben: Erstmals seit 1994 haben die bürgerlichen Parteien im Bundestag wieder eine Mehrheit. Unter Angela Merkel ist uns der Ausstieg aus der Großen Koalition in eine Koalition mit unserem Wunschpartner FDP gelungen. Die Union liegt heute mit über zehn Prozentpunkten deutlich vor der SPD und ist die einzige verbliebene Volkspartei.

Trotz der guten Ausgangslage liegen als CDU große Herausforderungen vor uns. Zum einen wird es die von uns getragene Regierung nicht einfach haben. Die Folgen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise werden wir noch lange spüren. Zum anderen ist klar, dass wir als Union mit 33,8 Prozent der Wählerstimmen auf Dauer nicht zu-

frieden sind. Wir müssen zulegen und uns am Erststimmenergebnis der Bundestagswahl orientieren, das nahe 40 Prozent liegt und zeigt, welches Potenzial wir haben.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns breit aufstellen müssen, um dieses Potenzial auszuschöpfen. Es muss uns gelingen, die vom Linksruck der SPD enttäuschten Wähler dauerhaft an uns zu binden und zugleich jene zurückzugewinnen, die wir an die FDP verloren haben. Dies kann uns nur gelingen, wenn wir den Anspruch, der mit dem Begriff Volkspartei der Mitte verbunden ist, ernst nehmen. Wir müssen es schaffen, von der Arbeitnehmerschaft bis zum Wirtschaftsflügel, von den Jungen in der CDU bis zu den Senioren, von Ost nach West oder in der Ökumene evangelischer und katholischer Christen immer wieder politische Brücken zu bauen und zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen, die deutlich machen: Die CDU hat das Gemeinwohl im Blick und gestaltet Politik für ganz Deutschland.

Der Koalitionsvertrag, den Union und FDP miteinander vereinbart haben, ist dafür ei-

ne gute Grundlage. „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ Diese Überschrift klingt nüchtern, macht aber deutlich, worauf es jetzt ankommt. Nur mit Wachstum werden wir die Krise überwinden und Arbeitsplätze und Wohlstand sichern. Nur mit Wachstum werden wir auch in der Lage sein, die öffentlichen Finanzen zu sanieren. Auf Wachstum zielt deshalb ein ganzes Bündel von Maßnahmen, zu dem auch die Entlastung der Bürger von Steuern gehört, insbesondere die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen und der Familien.

Zugleich werden wir nur dann Erfolg haben, wenn wir zur Bildungsrepublik Deutsch-

land werden. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass wir gut ausgebildete Menschen haben, die kreativ und innovativ sind. Deshalb hat die Koalition Bildung und Forschung in den kommenden vier Jahren klare Priorität eingeräumt.

Wachstum und Bildung sind auch Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, eine verlässliche soziale Sicherung und gut ausgebildete, selbstbestimmte Menschen, damit wir ein lebenswertes Land bleiben, in dem die Menschen zusammenhalten. Ein Land, in dem jeder weiß, dass es nicht nur um sein eigenes Fortkommen geht, sondern um ein gutes Leben für möglichst alle.

In diesem Amt werde ich mich dafür einsetzen, dass die CDU beides schafft: Sich ihrer selbst immer wieder zu vergewissern und ihrer Verwurzelung im christlichen Menschenbild gerecht zu werden. Und zugleich offen für Neues zu sein und mit beiden Beinen im heutigen Leben zu stehen. Wir wollen Chancen eröffnen. Wir wollen jedem Einzelnen die Möglichkeit geben, sich bestmöglich zu entwickeln und seine Freiheit in Verantwortung für sich und andere zu entfalten. In der Befähigung zu einem eigenverantwortlichen Leben und zur Mitverantwortung für das Ganze sehe ich den Kern bürgerlicher Politik.

ZUR PERSON

Hermann Gröhe ist neuer Generalsekretär der CDU. Auf Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte der Bundesvorstand Hermann Gröhe einstimmig zum Nachfolger von Ronald Pofalla nominiert. Der Neusser Hermann Gröhe übernahm am 28. Oktober seine neue Aufgabe.

Hermann Gröhe wird das Amt bis zu seiner offiziellen Wahl im Rahmen eines Bundesausschusses

oder des nächsten CDU-Parteitag 2010 kommissarisch führen. Seine politische Laufbahn begann in der Jungen Union, deren Bundesvorsitzender er 1989 bis 1994 war. Seit 1994 ist er Mitglied des Bundestages. Hier war er von 1994 bis 1998 Sprecher der „Jungen Gruppe“ und von 1998 bis 2005 Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Fraktion. Von November 2005 bis September 2008

war Gröhe Justitiar der CDU/CSU-Fraktion und gehörte damit dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand an. Dazu war er Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Obmann im sogenannten „BND-Untersuchungsausschuss“. Hermann Gröhe war zuletzt seit 2008 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und unter anderem für Bundesländer-Beziehungen zuständig.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit neuem Vorstand

Volker Kauder bleibt Vorsitzender

Der geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Verteilung der Aufgaben:

Fraktionsvorsitzender: Volker Kauder

Erster Stellvertretender Vorsitzender

und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe:

Hans-Peter Friedrich

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:

Peter Altmaier

Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen

Geschäftsführers und Parlamentarischer

Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe:

Stefan Müller (CSU)

Weitere Parlamentarische Geschäftsführer:

Martina Krogmann, Manfred Grund, Bernhard Kaster

Stellvertretende Vorsitzende mit den zugeordneten Aufgabenbereichen:

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit

und Soziales, Kirchen, Arbeitnehmer:

Ingrid Fischbach

Wirtschaft, Mittelstand, Tourismus, Petitionen:

Michael Fuchs

Bildung und Forschung, Kunst, Kultur und Medien:

Michael Kretschmer

Recht, Innen, Sport, Vertriebene, Flüchtlinge

und Aussiedler: Günter Krings

Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik:

Michael Meister

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Christian Ruck (CSU)

Außen, Verteidigung, Europa: Andreas Schockenhoff

Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft

und Verbraucherschutz: Johannes Singhammer (CSU)



Volker Kauder, Vorsitzender, und Peter Altmaier, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost, Menschenrechte: Arnold Vaatz

Justiziarin (CDU): Michaela Noll

Justiziar (CSU): Wolfgang Götzer

Sprecher der CDU-Landesgruppen: Joachim Hörster

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und verantwortlichen Sprecher der Fraktion für

den Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe:

Recht: Michael Grosse-Brömer

Inneres: Hans-Peter Uhl (CSU)

Wirtschaft und Technologie: Joachim Pfeiffer

Finanzen: Leo Dautzenberg

Haushalt: Norbert Barthle

Gesundheit: Jens Spahn

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Peter Bleser

Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Dorothee Bär (CSU)

Arbeit und Soziales: Karl Schiewerling

Auswärtiges: Philipp Mißfelder

Verteidigung: Ernst-Reinhard Beck

Angelegenheiten der Europäischen Union:

Michael Stübgen

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Dirk Fischer
Bildung und Forschung: Albert Rupprecht (CSU)
Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Marie-Luise Dött
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Holger Haibach
Menschenrechte und Humanitäre Hilfe: Erika Steinbach

Sport und Ehrenamt: Klaus Riegert
Kultur und Medien: Wolfgang Börnsen
Tourismus: Marlene Mortler (CSU)
Petitionen: Günter Baumann

Weitere Informationen zur Arbeit der Bundestagsfraktion von CDU/CSU finden Sie unter www.cducusu.de.

Starker Mittelstand – Starkes Deutschland



Josef Schlarmann, Angela Merkel, Hans Michelbach, Peter Jungen und Hartmut Schauerte (v. l. n. r.).

Foto: Katja-Julia Fischer

An der Spitze der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU steht weiterhin Josef Schlarmann. Er wurde auf der 9. Bundesdelegiertenversammlung der MIT in Berlin mit 97,6 Prozent für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt.

Zu seinen Stellvertretern wurden Hans Michelbach, Hartmut Schauerte, Barbara Ahrons, Jürgen Presser, Frank Gotthardt und Peter Ibbeken gewählt.

Schatzmeister bleibt Peter Jungen.

In ihrem Leitantrag forderten die Delegierten eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft. Es sei nicht die Aufgabe des Staates, die einzelnen Wirtschaftsprozesse auf den Märkten zu steuern. Bei den Wirtschaftsprozessen gelte der Primat des Marktes. Um wirtschaftsliberale Wähler zu gewinnen, müsse die Union ihr wirtschaftsliberales Profil schärfen.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, würdigte in ihrer Rede die Bedeutung eines starken Mittelstandes, „der Freiheit zu eigenem Handeln gibt“. Nach dem Regierungswechsel komme es jetzt darauf an, die Soziale Marktwirtschaft so auszugestalten, dass die Stärkeren die Möglichkeit erhielten, für die Gesellschaft etwas zu leisten, damit den Schwächeren geholfen werden könne.

Volker Kauder:

Kraftvoll ins neue Jahrzehnt

Mit unserem Sieg bei der Bundestagswahl haben wir den Auftrag erhalten, unser Land in den nächsten vier Jahren zu regieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Stimmabgabe eine deutliche Entscheidung getroffen: Sie wollten eine bürgerliche Regierung von CDU/CSU und FDP unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Wir sind uns des Vertrauens der Bevölkerung bewusst und nehmen den Auftrag an: Wir werden unser Land aus der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte auf den Pfad von Wachstum und Wohlstand zurückführen.

Die Regierungskoalition hat in drei Schwerpunkten festgelegt, worauf es ankommt: Arbeit durch Wachstum, Chancen durch Bildung und Zukunft durch Zusammenhalt. Das ist der Dreiklang in dieser neuen Koalition.

Bei dem Thema Arbeit durch Wachstum ist es entscheidend, dass die Menschen in ihrer Würde ernst genommen werden. Wir wollen, dass die Menschen ihr Leben frei gestalten können und dafür eine dauerhafte wirtschaftliche Existenzgrundlage haben. Deswegen bringen



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wirksame Maßnahmen auf den Weg, die unsere Wirtschaft stimulieren, Arbeitsplätze schaffen und Familien stärken.

Weiter sind wir uns einig, dass Bildung der Schlüssel für das Weiterkommen in unserer Gesellschaft ist, für den Einzelnen, aber auch für unsere Gesellschaft insgesamt. Gute Bildung und Aufstiegschancen entscheiden über den Erfolg unserer Wirtschaftsordnung und über die Akzeptanz unserer Gesellschaftsordnung. Bildung ist zugleich die überzeugendste Antwort auf die Fragen der Globalisierung: Nur mit weiterhin hervorragend ausgebildeten Bürgerinnen und Bürgern wird Deutschland auch in Zukunft sein hohes

Lebensniveau halten und weiter steigern können.

Zukunft durch Zusammenhalt heißt, dass wir diejenigen, die in unserem Land zum Zusammenhalt beitragen, auch in besonderer Weise anerkennen müssen. Nur gemeinsam können wir die anstehenden Probleme lösen. Nicht maximale Umverteilung bringt die größten sozialen Fortschritte, sondern erfolgreiche Unternehmen, gesunde mittelständische Firmen, kreative Unternehmer. Die gemeinsamen Anstrengungen von Betriebsführung und Belegschaften sind die Garanten für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand.

Arbeit durch Wachstum, Chancen durch Bildung, Zukunft durch Zusammenhalt: Das sind die Werte der sozialen Marktwirtschaft, wenn es darum geht, wirtschaftliche und soziale Interessen auszutarieren, und es sind die Werte der Solidarität, der Menschlichkeit und der Würde des Einzelnen, die uns so weit gebracht haben. All diejenigen in unserem Land, die diese Entwicklung mit unterstützen, leisten einen wichtigen Beitrag, um unser Land voranzubringen.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz

Unser Weg zu nachhaltigem Wachstum

Die Bundesregierung hat ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet, das die Voraussetzungen für eine Entlastung der Bürger und eine nachhaltige Wachstumspolitik schafft. Die CDU setzt damit erste Punkte aus ihrem Wahlprogramm um:

■ Familien mit Kindern entlasten

Wir werden Familien mit Kindern dauerhaft entlasten und zum 1. Januar 2010 das Kindergeld um je 20 Euro und die Freibeträge für Kinder auf 7008 Euro für jedes Kind erhöhen.

■ Wachstumsbedingungen für Unternehmen verbessern

Wir entwickeln die Unternehmensteuerreform in den Bereichen weiter, wo Änderungen mit der SPD nicht möglich waren: Um krisenverschärfende Wirkungen zu vermeiden, können Verluste bei bestimmten konzerninternen Umgliederungen in Zukunft besser steuerlich geltend gemacht werden. Bei den Zinsabzugsbeschränkungen („Zinsschranke“) wird die steuerliche Freigrenze dauerhaft auf drei Millionen Euro erhöht – das entlastet insbesondere kleine und mittlere Unternehmen.

■ Erbschaftsteuerreform familienfreundlich weiterentwickeln

Die Steuerbelastung für Geschwister und deren Kinder wird abgesenkt, die Bedingungen für die Unternehmensnachfolge werden verbessert und krisenfest gestaltet.

■ Senkung der Mehrwertsteuer im Hotel- und Gastronomiegewerbe

Ab 1. Januar 2010 wird für Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gastronomiegewerbe der Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent ermäßigt.

Die CDU wird den Kurs für mehr Wachstum in Deutschland Schritt für Schritt fortsetzen. Nur mit nachhaltigem Wachstum können wir die Folgen der Krise dauerhaft überwinden. Dies hilft den Menschen in unserem Land.

Die Mitte. **CDU**

So sieht die neue



Bundeskanzlerin

Angela Merkel (CDU)
Staatsministerin für Integration: **Maria Böhmer**
Staatsminister für Kultur: **Bernd Neumann**
Staatsminister für Bundesländer-Koordination: **Eckart von Klæden**
www.bundeskanzlerin.de



Kanzleramt

Ronald Pofalla (CDU)
www.kanzleramtschef.de



Arbeit und Soziales

Franz Josef Jung (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre:
Hans-Joachim Fuchtel,
Ralf Brauksiepe
www.bmas.de



Auswärtiges Amt

Guido Westerwelle (FDP)
Staatsminister:
Werner Hoyer,
Cornelia Pieper
www.auswaertiges-amt.de



Gesundheit

Philipp Rösler (FDP)
Parlamentarische Staatssekretäre:
Daniel Bahr,
Annette Widmann-Mauz
www.bmg.bund.de



Inneres

Thomas de Maizière (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre:
Christoph Bergner,
Ole Schröder
www.bmi.bund.de



Justiz

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)
Parlamentarischer Staatssekretär:
Max Stadler
www.bmj.bund.de



Umwelt

Norbert Röttgen (CDU)
Parlamentarische Staatssekretäre:
Ursula Heinen-Esser,
Katherina Reiche
www.bmu.de

ndesregierung aus



Bildung und Forschung

Annette Schavan (CDU)

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Thomas Rachel,
Helge Braun
www.bmbf.de



Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ilse Aigner (CSU)

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Julia Klöckner,
Gerd Müller
www.bmelv.de



Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**Ursula von der Leyen
(CDU)**

Parlamentarischer
Staatssekretär:
Hermann Kues
www.bmfsfj.de



Finanzen

Wolfgang Schäuble (CDU)

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Steffen Kampeter,
Hartmut Koschyk
www.bundesfinanzministerium.de



Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Peter Ramsauer (CSU)

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Enak Ferlemann,
Andreas Scheuer,
Jan Mücke
www.bmvbs.de



Verteidigung

**Karl Theodor
zu Guttenberg (CSU)**

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Christian Schmidt,
Thomas Kossendey
www.bmvg.de



Wirtschaft und Technologie

Rainer Brüderle (FDP)

Parlamentarische
Staatssekretäre:
Hans-Joachim Otto,
Ernst Burgbacher,
Peter Hintze
www.bmwi.de



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dirk Niebel (FDP)

Parlamentarische
Staatssekretärin:
Gudrun Kopp
www.bmz.de

Landtagswahlen

In insgesamt fünf Bundesländern gab es am 30. August bzw. 27. September Landtagswahlen. Die CDU konnte sich dabei im Saarland, in Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen als stärkste Kraft behaupten.

Sachsen

Neun Minister – sieben für die CDU, zwei für die FDP – hat die neue Staatsregierung des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich im Freistaat Sachsen. Die neue Koalition im Sächsischen Landtag verfügt mit 72 von 132 Mandaten über eine stabile Mehrheit.



In nur knapp vier Wochen war es Stanislaw Tillich gelungen, die Koalitionsgespräche mit der FDP zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Nach der Wahl vom 30. August konnten schon am 29. September der Ministerpräsident gewählt und am darauffolgenden Tag die Minister vereidigt werden.

Schleswig-Holstein

Mit 50 Stimmen – einer mehr, als die CDU-FDP-Koalition selbst hat – wurde Peter Harry Carstensen auf der ersten Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. CDU und FDP haben aufgrund der gewonnenen Direkt- und Überhangmandate eine Mehrheit von drei Stimmen gegenüber der Opposition aus SPD, Grünen, Linken und SSW.



Nur eine Woche dauerten die Koalitionsgespräche zwischen CDU und FDP in Kiel. Damit gehören sie zu den kürzesten Koalitionsverhandlungen auf Landesebene in der Geschichte der Bundesrepublik. CDU-Landeschef Peter Harry Carstensen bezeichnete die Koalition mit der FDP als eine Koalition des Aufbruchs. „Unser wichtigstes Ziel ist die Überwindung der aktu-

ellen Finanzkrise und die Bewältigung der Vertrauenskrise.“ Zur neuen Landesregierung gehören neben dem Ministerpräsidenten insgesamt sieben Minister, vier für die CDU und drei für die FDP.

Thüringen

In Thüringen wird künftig eine Koalition aus CDU und SPD unter der Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht regieren. Der Erfurter Landtag hat sie mit sieben Stimmen aus der Opposition im dritten Wahlgang zur Ministerpräsidentin gewählt. Mit 48 von 88 Mandaten haben CDU (30) und SPD (18) im neuen Landtag eine Mehrheit von acht Stimmen. Beide Fraktionen verfügen künftig über je vier Minister in der Landesregierung.



Christine Lieberknecht ist die erste Ministerpräsidentin, die die CDU seit

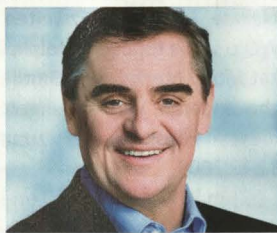
1949 in der Bundesrepublik stellt. Sie war eine von vier Unterzeichnern des „Briefes aus Weimar“ an den Parteivorstand der CDU der DDR, mit dem am 10. September 1989 die Aufkündigung des Bündnisses mit der SED gefordert wurde. Seit 1991 ist sie Mitglied des Thüringer Landtags, von 1992 bis 1999 und von 2008 bis zur Landtagswahl war sie Ministerin, von 1999 bis 2004 Präsidentin des Thüringer Landtags und von 2004 bis 2008 Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag.

Saarland

Im Saarland wurde Peter Müller zum dritten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt; er lenkt die erste „Jamaika-Koalition“ in einem Bundesland.

Nachdem sich FDP und Grüne für Koalitionsverhandlungen mit der CDU ausgesprochen hatten, folgten intensive Verhandlungen, an deren Ende Peter Müller mit allen Stimmen der Koalition zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Zusammen verfügen CDU, FDP und Grüne mit 27 von 51 Mandaten im Saarbrücker Landtag über eine Mehrheit von drei Stimmen.

Die CDU Saar sieht die „Jamaika-Koalition“ als große Chance für das Saarland. Sie biete die Chance, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Sensibilität und sozialem Ausgleich zu verbinden.



Die CDU Deutschlands gratulierte Peter Müller zur Wahl zum Ministerpräsidenten des Saarlandes. Seine Wiederwahl sichere politische Stabilität und damit den Erfolg des Bundeslandes.

Eine schwarz-gelb-grüne Koalition auf Landesebene hatte es in der politischen Landschaft bisher noch nicht gegeben. „Peter Müller ist mit seiner großen Erfahrung der Garant dafür, dass die neue Koalition als Bündnis der Mitte den richtigen Kurs für eine gute Zukunft des Saarlandes einschlägt“, betonte CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe in Berlin.

Brandenburg

Brandenburg hat seit Anfang November eine rot-rote Landesregierung. Die

SPD hatte sich nach der Landtagswahl entschieden, die erfolgreiche Koalition mit der CDU aufzukündigen.

Die CDU-Landesvorsitzende Johanna Wanka nannte die Entscheidung der SPD für Rot-Rot „eine Entscheidung gegen Brandenburg“.

Mit 19 von insgesamt 88 Sitzen stellt die CDU jetzt die größte Oppositionsfraktion im neuen Brandenburger Landtag. Sie will in den kommenden Jahren „dem Linksblock der Unvernunft eine bürgerliche Opposition der Verantwortung entgegensetzen“.



Johanna Wanka ist im neuen Potsdamer Landtag jetzt auch Vorsitzende der CDU-Fraktion. Bei der Wahl stimmten alle anwesenden Fraktionsmitglieder für sie.

Ihre Stellvertreterin ist die bisherige Fraktionsvorsitzende Saskia Funck, die auf eine erneute Kandidatur verzichtet und ihre Landesvorsitzende selbst für den Fraktionsvorsitz empfohlen hatte.

Nutzungsrechte für Wahlkampf-Elemente

Die meisten der im Bundestagswahlkampf genutzten Bildmotive, Filme und Hörfunkspots wurden zweckgebunden für den Wahlkampf eingekauft. Die Nutzungsrechte laufen demnächst aus. Die entsprechenden Motive dürfen dann nicht mehr verwendet werden.

Damit Sie wissen, welche Materialien nicht mehr eingesetzt und ggf. – zum Beispiel im Internet – gelöscht werden müssen, haben wir für Sie eine Übersicht der von der CDU-Bundesgeschäftsstelle angebotenen Materialien und deren Nutzungseinschränkungen zusammengestellt. Umfassendere Hinweise sowie Abbildungen der Bilder und Motive finden Sie im Mitglieder-netz unter www.cdunet.de.

Zum 30. November 2009 laufen die Rechte für den TV-Wahlwerbespot „WIR haben die Kraft“ und den TV-Wahlwerbespot „Angela Merkel“ aus. Das betrifft auch die Videos in Gebärdensprache.

Zum 31. Dezember 2009 laufen die Nutzungsrechte für die Großflächenplakate mit den Motiven zu Guttenberg, von der Leyen, Schäuble, Schavan, Jung und

Aigner aus. Gleiches gilt für die mit diesen Motiven angebotenen Internet-Banner und Internet-Buttons. Auch die Rechte für die Großflächenplakate Merkel der zweiten Welle sowie für das Parteiplakat Motiv Merkel und sämtliche anderen Verwendungen dieses Fotos enden zum 31.12.2009.

Zum 31. August 2010 enden die Rechte für unsere Hörfunkspots, unsere Bildrechte an den Großflächenplakaten der 3. Welle Merkel sowie für die Wandzeitung mit demselben Motiv.

Die Nutzungsrechte für den Foto-Hintergrund zur Bundestagswahl (Reichstagskuppel) laufen zum 17. August 2013 ab; die zur Bundestagswahl erstellten Produkte für die Kandidaten und Abgeordneten dürfen weiter verwendet und nachproduziert werden.

Unbefristet verwendbar sind die Portraitfotos der Bundestags-Kandidaten, die durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle organisiert und durch die Fotografin Laurence Chaperon gefertigt wurden.

Für das teAM-Lied „Wir sind Wir“ liegen alle Rechte bei der CDU Deutschlands, das Lied kann weiterhin ver-

wendet werden. Gleiches gilt für die Internet-Wahlspots „Zukunft“ und „Erfahrung“ sowie für die vier Internet-Spots mit Charles Huber.

Bitte sorgen Sie dafür, dass die entsprechenden Daten ggf. rechtzeitig von Ihren Internetseiten entfernt werden. Im Falle einer nicht berechtigten Nutzung der Bilder können Schadensersatzforderungen auftreten und sogar strafrechtliche Sanktionen erfolgen. Für eine korrekte Verwendung von Bilddaten haftet derjenige, der die Bilder verwendet.

BEI FRAGEN

Sollten Sie unsicher sein, ob Sie ein Motiv weiterhin nutzen können, hilft Ihnen Frau Christiane Lang gerne weiter.
Tel: 030 22070-370,
E-Mail: foto@cdu.de

Für rechtliche Fragen steht Ihnen Frau Barbara Reisch gern zur Verfügung.
Tel: 030-22070-210
E-Mail: barbara.reisch@cdu.de

Service für die Verbände

Zur Unterstützung Ihrer Arbeit bieten wir Ihnen tagesaktuelle Informationen zur Politik der neuen Bundesregierung sowie zur Politik der CDU auf unserer Internet-Seite www.cdu.de. Alle Texte dieser Seite können Sie für Ihre Arbeit vor Ort nutzen.

Die Materialien zum Koalitionsvertrag finden Sie auf www.koalitionsvertrag.cdu.de.

Hier steht auch der Koalitionsvertrag im Volltext zum Download bereit.

Ein umfangreiches Bildangebot finden Sie unter www.bilder.cdu.de,

z. B. Bilder von der Wahl und der Verteidigung der Bundeskanzlerin und von der Regierungserklärung, dazu Bilder vom Bundesausschuss

(Kleiner Parteitag) und von der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages. Diese Bilder liegen in druckfähigen Auflösungen vor und können von Ihnen kostenfrei in Broschüren, im Internet usw. benutzt werden.

Im internen Bereich der Bilddatenbank stehen Interessierten weitere Bilder und Internet-Banner in unterschiedlichen Größen sowie die Wandzeitung zur Bewerbung des Koalitionsvertrages zur Verfügung.

Auf www.cdu.tv finden Sie aktuelle Videos. Diese Videos können Sie ganz leicht in Ihre Internetseiten einbinden. Eine Anleitung finden Sie unter dem Navigationspunkt „Webmaster/Angebote“ im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de.



WACHSTUM.
BILDUNG.
ZUSAMMENHALT.

DER KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN CDU, CSU UND FDP.

Koalitionsvertrag

10 Punkte für ein starkes Deutschland

„WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.“: Unter diese Überschrift haben CDU, CSU und FDP ihren Koalitionsvertrag gestellt. Das sind die wichtigsten Punkte, mit denen wir Deutschland aus der Wirtschaftskrise und in eine gute Zukunft führen wollen:

1. **ENTLASTUNG DER BÜRGER.** Insbesondere untere und mittlere Einkommensbereiche und Familien mit Kindern sollen steuerlich entlastet werden. Die Steuerentlastungen werden 24 Mrd. Euro ausmachen. Das Steuersystem wird zudem einfacher und gerechter.
2. **SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK.** Der Weg in den Verschuldungsstaat wird gestoppt. Die neue Schuldenregel im Grundgesetz und der Europäische Stabilitätspakt werden eingehalten.
3. **UNTERNEHMEN STÄRKEN, ARBEITSPLÄTZE SICHERN.** Unternehmensteuer und Erbschaftsteuer werden verbessert, Bürokratie wird weiter abgebaut.
4. **ARBEIT MUSS SICH LOHNEN.** Das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger wird auf 750 Euro pro Lebensjahr erhöht. Wer für sein Alter gespart hat, hat auch als Hartz-IV-Empfänger etwas davon. Außerdem werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger deutlich verbessert.
5. **FAMILIEN WERDEN GESTÄRKT.** Das Kindergeld wird um 20 Euro monatlich angehoben, der Kinderfreibetrag auf 7008 Euro erhöht. Ab 2013 wird ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro eingeführt für Eltern, die keine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Das Elterngeld wird zum Teilelterngeld weiterentwickelt.
6. **DEUTSCHLAND WIRD BILDUNGSREPUBLIK.** Der Bund wird seine Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2013 um 12 Mrd. Euro erhöhen. Wir wollen das Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben, so früh wie möglich erreichen. Bildungssparen wird staatlich gefördert, ein nationales Stipendienprogramm errichtet.
7. **INTEGRATION WIRD VORANGEBRACHT.** Für alle Kinder sollen Sprachstandstests und ggf. gezielte Sprachförderung vor der Einschulung verpflichtend gemacht werden.
8. **INNERE SICHERHEIT WIRD GESTÄRKT.** Gegen Jugendkriminalität wird stärker vorgegangen, u. a. durch den sog. „Warnschussarrest“.
9. **AUS DER KRISE LERNEN.** Die Finanzmärkte werden strenger reguliert, damit sich eine vergleichbare Krise nicht mehr wiederholt.
10. **SAUBERE, SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE.** Wir gehen den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energie. Dafür werden auch die Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke verlängert. Die dadurch zu erzielenden Einnahmen werden u. a. in die Erforschung erneuerbarer Energien investiert.

Die Mitte. **CDU**

Koalitionsvertrag

WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.

Die neue Bundesregierung trägt die Handschrift der Union

Koalition der Mitte und Bündnis der Zuversicht: Die neue bürgerliche Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP steht. Wir handeln auf der Grundlage gemeinsamer Werte: Freiheit in Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität, Heimatverbundenheit und Weltoffenheit. Der Koalitionsvertrag zeigt: Die Koalition der Mitte trägt die klare Handschrift der Union. Vor allem haben wir unsere Strategie für nachhaltiges Wachstum – Steuerentlastungen, Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen – durchgesetzt:

LEISTUNG MUSS SICH LOHNEN. Wir entlasten Bürger, Familien und Unternehmen, insbesondere den Mittelstand. Darüber hinaus werden wir das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger erhöhen und die Hinzuverdienstregeln verbessern.

SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK. Wir bleiben die Stimme der Vernunft. Schulden sind in der Krise unvermeidlich. Aber die neue Schuldenregel im Grundgesetz und der Europäische Stabilitätspakt werden eingehalten.

AUFSTIEG DURCH BILDUNG. Unser Ziel bleibt die Bildungsrepublik Deutschland mit einem der besten Bildungssysteme der Welt. Dafür wollen wir mehr Geld in Bildung investieren, um unser Ziel schneller zu erreichen, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben. Darüber hinaus wollen wir, dass alle Jugendliche, die ausbildungsfähig und -willig sind, einen Ausbildungsplatz finden. Und für begabte Studenten werden wir die Zahl der Stipendien verfünffachen.

VORFAHRT FÜR FAMILIEN. Ehe und Familien bleiben für uns das Fundament unserer Gesellschaft. Deshalb werden wir zum 1. 1. 2010 das Kindergeld erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. Wir werden ein Teilerntegeld bis zu 28 Monate einführen. Und für 2013 haben wir die Einführung eines Betreuungsgeldes von 150 Euro durchgesetzt. Denn wir setzen auf Wahlfreiheit.

FÖRDERN UND FORDERN BEI DER INTEGRATION. Für alle Kinder werden Sprachstandstests und gegebenenfalls gezielte Sprachförderung vor der Einschulung zur Pflicht. Eltern ausländischer Herkunft werden verstärkt Integrations- und Deutschkurse angeboten. Die Zuwanderung von Hochqualifizierten wird von der neuen Bundesregierung gefördert.

BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG. Wir setzen auf Energiepolitik aus einem Guss. Wir wollen die Treibhausemissionen bis 2020 um 40 Prozent reduzieren. Dafür werden wir die Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke verlängern. Wir gehen den Weg in das Zeitalter erneuerbarer Energien. Neue Kernkraftwerke werden nicht gebaut.

SICHER LEBEN. Wir bleiben die Partei der inneren Sicherheit. Wir werden einen eigenen Straftatbestand Zwangshehe einführen und eine zentrale Visa-Warndatei schaffen. Für jugendliche Straftäter wird die Möglichkeit eines Warnschussarrestes eingeführt.

CDU, CSU und FDP und stellen mit dieser Koalition den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen. Wir wollen die Zukunft gestalten. Wir wollen unserem Land eine neue Richtung geben. Freiheit in Verantwortung ist der Kompass der Koalition der Mitte.

Die Mitte.

CDU



1 Schreib-Set
im Lederetui

Bestell-Nummer: 9324

a) Kugelschreiber und Rollball

Bestell-Nummer: 9328

b) Kugelschreiber und Füllfederhalter

Preis je **Set: 20,23 €** inkl. MwSt.

2 Hochwertige Ledergeldbörse
10,5 x 12 cm, mit vielen Kartensteck-
fächern und Ausweisfach

Bestell-Nummer: 9584

Preis je **Stück: 21,42 €** inkl. MwSt.

3 Hochwertiges Visitenkartenmäppchen
6,7 x 10,2 cm, zwei Steckfächer
im Innenteil

Bestell-Nummer: 9586

Preis je **Stück: 5,95 €** inkl. MwSt.

4 Schreibmappe DIN A4
hochwertiges Kunstleder, schwarz,
mit Logo-Prägung, mit vielen Steck-
fächern und einem herausnehmbaren
Klemmbrett

Bestell-Nummer: 9429

Preis je **Stück: 15,47 €** inkl. MwSt.

5 Hörbuch CD

„60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“
Eine Hörreise von 1949 bis 2009

Bestell-Nummer: 9541

Preis je **Stück: 4,05 €** Preis inkl. MwSt.

6 Porzellanbecher XXL (ohne Deko)

400 ml Inhalt. Ein edles Geschenk,
dass sich mit schönen und süßen Weih-
nachtsartikeln gut bestücken lässt.

Bestell-Nummer: 9424

Preis je **Stück: 8,93 €** inkl. MwSt.

7 Windlicht-Set „CDU“

Windlicht bestehend aus einem Innen-
und einem Außenglas, im Streifen-
und Kringel-Design, Glasgröße: 9 cm
hoch, Ø ca. 6,5 cm, zwei Windlichter
im Geschenkkarton

Bestell-Nummer: 9333

Preis je **Set: 7,14 €** Preis inkl. MwSt.

6



7

8



9



10



8 Stimmungsvolle Weihnachtszeit. Weihnachts CD

16 traditionelle deutsche Weihnachtslieder mit Chören, Glockenspiel und Instrumentalmusik

Bestell-Nummer: 9333
Preis je **Set: 7,14 €** Preis inkl. MwSt.

9 Teddy

16 cm groß, aus hellbraunem Plüsch mit orangefarbenem Schal und gesticktem CDU-Smilie, Verarbeitung und Qualitätsnachweis nach den CE-Richtlinien

Bestell-Nummer: 9451
Preis je **Stück: 5,95 €** inkl. MwSt.

10 CDU Lebkuchen-Weihnachtself

Größe: 10 cm, Gewicht: ca. 45 g

Bestell-Nummer: 9640
Preis je **10 Stück: 17,12 €** inkl. MwSt.

Bestell-Nummer: 9640A
Preis je **100 Stück: 155,15 €** inkl. MwSt.

11 CDU Weihnachtskarte mit Umschlag

Format DIN A6

Bestell-Nummer: 9641
Preis je **25 Stück: 6,25 €** inkl. MwSt.



11

BESTELLUNG

PORTICA GmbH
Marketing Support
CDU-Shop
Von-Galen-Straße 35
47906 Kempen

Internet:
www.cdu-shop.de

E-Mail:
cdu-shop@portica.de

Fax:
02152 915-25272

UID

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



**GESEGNETE
WEIHNACHTEN
UND EIN FROHES
NEUES JAHR.**



CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Kreis-, Stadt- und Ortsverbände können unsere Wandzeitungen als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellen.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. —Printausgabe— Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030 22070-360, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226 802-0, Telefax 02226 802-111. Vertrieb: Telefon 02226 802-0, E-Mail: manfred.wissem@ubgnet.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. Funktions- und Mandatsträger der CDU können den elektronischen UjD-Newsletter unter www.uid.cdu.de abonnieren. Die Bezugsgebühren sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.